

Altlasten, Aushub- und Abbrucharbeiten

Inhalt

1	Gesetze und Vorschriften	2
1.1	Altlasten und altlastenverdächtige Flächen	2
1.2	Aushub- und Abbrucharbeiten.....	2
2	Innerbetriebliche Regelungen zu Altlasten, Aushub- und Abbrucharbeiten.....	3
2.1	Durchführung von Baumaßnahmen	3
2.2	Bauabwicklung.....	3
2.3	Einbindung von Behörden und Fachbetrieben	3

1 Gesetze und Vorschriften

1.1 Altlasten und altlastenverdächtige Flächen

Das Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG) in Kraft seit dem 01.03.1999, hat die Aufgabe, nachhaltig die Funktion des Bodens zu sichern oder wiederherzustellen. Hierzu sind schädliche Bodenveränderungen abzuwehren, der Boden und Altlasten sowie hierdurch verursachte Gewässerverunreinigungen zu sanieren und Vorsorge gegen nachteilige Einwirkungen auf den Boden zu treffen.

Schädliche Bodenveränderungen im Sinne des BBodSchG sind Beeinträchtigungen der Bodenfunktionen, die geeignet sind, Gefahren, erhebliche Nachteile oder Belästigungen für den Einzelnen oder die Allgemeinheit herbeizuführen.

Altlasten sind nach BBodSchG Altablagerungen und Altstandorte, durch die schädliche Bodenveränderungen oder sonstige Gefahren für den Einzelnen oder die Allgemeinheit hervorgerufen werden. Nicht jede Altablagerung oder jeder Altstandort ist auch eine Altlast. Eine Einstufung als Altlast setzt voraus, dass durch Boden- und/oder Grundwasseruntersuchungen eine Kontamination durch Schadstoffe eindeutig nachgewiesen wurde. Die Einstufung als Altlast oder altlastenverdächtige Fläche trifft die zuständige Behörde, das Regierungspräsidium Darmstadt, nach Ausübung des pflichtgemäßen Ermessens.

Die Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) ist eine Ergänzung zum Bundes-Bodenschutzgesetz. Sie präzisiert den Umgang mit Altlasten und Altlastverdachtsflächen. Sie enthält unter anderem Vorschriften über

- Anforderungen an die Untersuchung und Bewertung von Verdachtsflächen und altlastverdächtigen Flächen (§§ 3, 4),
- Anforderungen an die Sanierung von schädlichen Bodenveränderungen und Altlasten (§ 5),
- Gefahrenabwehr von schädlichen Bodenveränderungen auf Grund von Bodenerosion durch Wasser (§ 8),
- Vorsorge gegen das Entstehen schädlicher Bodenveränderungen (§§ 9–12).

1.2 Aushub- und Abbrucharbeiten

Nähere Hinweise zur Beprobung, zur Einstufung, zum Entsorgungskonzept und den Entsorgungswegen gibt das Merkblatt „Entsorgung von Bauabfällen“ des Regierungspräsidiums Darmstadt.

2 Innerbetriebliche Regelungen zu Altlasten, Aushub- und Abbrucharbeiten

2.1 Durchführung von Baumaßnahmen

Diese Festlegungen sind auch anzuwenden, wenn für die VGF Leistungen durch Fremdfirmen erbracht werden.

Untergrundkontaminationen werden oftmals dann erkannt, wenn Baumaßnahmen durchgeführt werden und hierbei Abbruch- und Aushubarbeiten anfallen. Bei einer zu beanspruchenden Fläche sind Hinweise auf Kontaminationen aus vorhergehenden Nutzungen zu berücksichtigen. Besteht Verdacht auf Boden- bzw. Grundwasserverunreinigungen müssen Rückschlüsse auf mögliche Schadstoffe und deren Konzentration getroffen werden.

Dies gilt sinngemäß auch für geplante Abbrucharbeiten. Sollen Betriebsgebäude bzw. Einrichtungen abgebrochen werden, sind vorher Überprüfungen auf mögliche Belastungen durchzuführen. Genaue Kenntnisse des Schadstoffspektrums senken die Sanierungskosten und Verzögerungen können vermieden werden. Rechtzeitig vor der Durchführung von Aushub- und Abbrucharbeiten ist der Sicherheitstechnische Dienst/Umweltschutz einzuschalten und über Ort, Art und Umfang der geplanten Maßnahmen zu unterrichten. Das weitere Vorgehen ist mit dem Sicherheitstechnischen Dienst/Umweltschutz abzustimmen.

Grundsätzlich sind die Anforderungen aus dem Merkblatt „Entsorgung von Bauabfällen“ des Regierungspräsidiums Darmstadt zu beachten.

Ein Sonderfall ist die Abwicklung von Altlasten und altlastenverdächtigen Flächen auf den Liegenschaften der VGF. Diese Thematik wird grundsätzlich federführend vom Sicherheitstechnischen Dienst/Umweltschutz behandelt.

2.2 Bauabwicklung

Bei laufenden Aushub-/Abbrucharbeiten ist grundsätzlich das Getrennthaltungsgebot einzuhalten. Unterschiedliche Materialien (z. B. Straßenaufbruch, Erdaushub, Bauschutt etc.) und Belastungsstufen sind zu trennen, und getrennt zu transportieren. Festgelegte Entsorgungswege sind unbedingt einzuhalten, die Nachweisführung ist zu beachten.

Anfallendes Abbruch- und Aushubmaterial ist ständig durch Inaugenscheinnahme auf Belastungen zu prüfen. Ergeben sich Auffälligkeiten (z. B. Farbe, Geruch), die von einer möglichen Schadstoffkontamination stammen können, ist das Material zu separieren. Die Baumaßnahmen sind unverzüglich einzustellen, der Sicherheitstechnische Dienst/Umweltschutz ist umgehend einzuschalten.

2.3 Einbindung von Behörden und Fachbetrieben

Zur Gewährleistung einer einheitlichen Vorgehensweise veranlasst der Sicherheitstechnische Dienst/Umweltschutz die erforderlichen Behördenkontakte, Genehmigung und Begutachtungen.